



Zeitung

der Sozialen Liste Bochum

Dezember 2004,
Nr. 4

Sozial-Ticket bei der BOGESTRA und Zuschuss zu Wasser- und Energiekosten gefordert

Wann kommt der erweiterte Bochum-Pass?

Eine lebhafte Diskussion löste im Stadtrat der Antrag der Sozialen Liste aus, zur „Linderung der Armut im Stadtgebiet“ einen erweiterten Bochum-Pass einzurichten. Mit diesem Pass sollen Sozialhilfeempfänger und einkommensschwache Familien das Recht erhalten, ein Sozialticket bei der BOGESTRA zum Preis von 15 Euro zu kaufen und einen Zuschuss für die Energie und Wasserkosten von 35 % beantragen zu können.

Außerdem sollen sie, wie bisher, zu allen städtischen Kultur- und Freizeiteinrichtungen Zugang mit einem um 50% verbilligten Eintritt erhalten. Auf Antrag soll die Möglichkeit geschaffen werden, um besonders teure Veranstaltungen, z.B. im Rahmen der Ruhr-Triennale zum Eintrittspreis von 10 Euro zu besuchen. Nachdem Nuray Boyraz (Soziale Liste Bochum) den Antrag begründet hatte, sprachen sich in der Diskussion auch die Ratsmitglieder Dieter Fleskes (SPD) und Anna Konincks (Grüne) dafür aus, gegen die wachsende Armut aktiv zu werden. Konincks wies dabei daraufhin, dass vor fünf Jahren der

Versuch gescheitert sei ein Sozial-Ticket beim VRR einzuführen, weil sich keiner fand, die Organisation dafür zu übernehmen. Fleskes regte an, den Antrag zur weiteren konkreten Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen, was auch geschah. Die Soziale Liste Bochum wird hier weiter drängen, denn „sozial is' muss!“



Nuray Boyraz

Solidarität ist weiter notwendig:

Soziale Liste auf Seiten der Arbeiter

Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe: Die Bosse von GM wollen 4100 Arbeitsplätze allein bei Opel Bochum einsparen, insgesamt 12.000 in Europa. Damit wäre der Standort Opel Bochum nicht mehr lebensfähig. Da an den 4100 Bochumer Arbeitsplätzen 20.000 weitere in Zulieferung und Dienstleistung hängen, würden rund 25.000 Menschen Arbeitslos. Damit würde sich in Bochum schlagartig die Arbeitslosigkeit verdoppeln. Auch deshalb wurde beindruckend Widerstand geleistet: Vertrauensleute, Jugendvertreter und die Belegschaft hielten 7 Streiktage durch. Auch andere Werke standen zeitweise still. GM erlitt neunstellige Verluste.

Breit war die Solidarität: Die ganze Stadt war auf den Beinen darunter auch Soziale Liste, ATTAC, die Bochumer Montagsdemonstranten, DKP, SDAJ, das studentische Aktionsbündnis 19.10, MLPD, ganze Schulklassen, die angesehenen Altbetriebsräte Reppel und Schaumberg, sie alle solidarisierten sich mit den Forderungen der Belegschaft:

- Keine Betriebsbedingten Kündigungen
- Erhalt aller Standorte
- Keine Maßregelung der Streikenden

Höhepunkt des Widerstands war eine Kundgebung von weit über 25.000 Teilnehmern vor dem Bochumer Schauspielhaus. Während die Lokale- und Arbeiterpresse solidarisch berichteten, hetzte der „Focus“ und intrigierten Politiker. Teilen der IG Metall und des Gesamtbetriebsrats gelang es, in einer manipulierenden Abstimmung, einen vorläufigen Streikabbruch zu erreichen. Seitdem wird hinter verschlossenen Türen weiter verhandelt. GM goss Öl ins Feuer mit zwei Kündigungen (ein Betriebsrat und ein weiterer Kollege) sowie einer Abmahnung. Opel Bochum hat die beste Auslastung aller Standorte, also macht die Schließung betriebswirtschaftlich keinen Sinn.

Gewiss, es gab bei GM schreckliches Mißmanagement, wie die Presse mit Recht herausstellte. Aber die wahren Motive für die GM-Offensive sind andere:

- Disziplinierung und Bestrafung einer Belegschaft, die seit den 70er Jahren zurecht in dem Ruf steht, aktiv ihre Interessen zu vertreten, auch jenseits von sozialpartnerschaftlichen „Spielregeln“.
- Disziplinierung und Bestrafung der deutschen Politik wegen ihres teilweisen Widerstands gegen den Irakkrieg (GM hat ein gewisses Kriegsinteresse, da es auch ein großer Rüstungskonzern ist)
- Mithalten mit den Konkurrenten VW und Daimler, die ebenfalls Arbeiterinnenrechte abbauen.

Der Kampf bei Opel ist nicht beendet. Opel machte in den Verhandlungen der letzten Tage deutlich: Der Konzern will den Arbeitsplatzabbau. „Keine betriebsbedingten Kündigungen“, diese Forderung ist kein geeigneter Ausweg aus der Krise. Denn Opel will über einen Sozialplan, die Gründung von Auffanggesellschaften und die Ausgliederung von Produktionsteilen verhandeln. Das ist nichts weiter als der Arbeitsplatzabbau der 4100 Stellen, ein bisschen „sozial abgeduldet“ und mit Steuergeldern finanziert. Dafür haben die Opel-Kolleginnen und Kollegen nicht gekämpft. Deshalb: Erhalt der Arbeitsplätze und aller Opel Standorte.

Jürgen Bargmann/Günter Gleising

EX-OB Stüber

Weiter Aufsichtsratsvorsitzender

Ernst Otto Stüber, der nicht mehr für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert hatte, bleibt bis mindestens 2006 Mitglied des Aufsichtsrates der Gelsenwasser AG. Im Jahr 2003 hatten die Städte Bochum und Dortmund über ihre Stadtwerke Deutschlands größten Wasserversorger für 830 Millionen Euro gekauft. Stüber wurde danach Mitglied des Aufsichtsrates und wenig später Aufsichtsratsvorsitzender. Schon im Mai hatte die Soziale Liste Bochum die Frage gestellt, ob hier nicht einem Spitzenbeamten zu einem gutbezahlten zusätzlichen „Rentnerjob“ verholfen wurde.

Baubeginn im Jahr 2005:

Die Synagoge kommt!

Eine Synagoge, nebst Gemeindezentrum und öffentlichen Cafe soll neben dem Planetarium an der Castroper Str. entstehen.

Ein Architekten-Wettbewerb soll im Februar 2005 beendet werden, damit schon bald Baubeginn sein kann. Zuvor müssen aber der Trümmer der Vergangenheit beseitigt werden. Auf dem Bauplatz befinden sich unterirdisch Bunkerreste und die Trümmer des alten Schützenhofes, die auf Beseitigung warten. Sicherlich müssen bei einigen Bochumern auch noch ideologischen Trümmer im Kopf beseitigt werden. Die große Mehrzahl jedoch freut sich auf die kulturelle Bereicherung in der Stadt.

Dividenden und Manager-Gehälter steigen kräftig:

Immer mehr Reiche

Mit der Anzahl der Superreichen belegt Deutschland in Europa den Spitzenplatz. In keinem anderen Land in Europa gibt es so viele Wohlhabende, berichtete kürzlich die Gewerkschaftszeitung Metall (11/04). Und diese Entwicklung verstärkt sich noch, denn auch Managergehälter und Dividenden der Aktionäre steigen kräftig. Allein die 30 Unternehmen im Deutschen Aktienindex werden voraussichtlich über 15 Milliarden an die Aktionäre ausschütten.

Obwohl die gesetzten Ziele, die deutsche Manager erreichen sollen, nicht sonderlich hoch gesteckt sind, erhalten sie 30 % mehr Bezüge als in europäischen Nachbarländern, meldet eine Nachrichtenagentur. Auch bei den Steuern auf Eigentum stehen die Vermögenden in Deutschland besser da, als die in vergleichbaren Ländern. Am Bruttoinlandsprodukt gemessen liegen die Steuereinnahmen auf Eigentum in Deutschland bei 1,7 %, in Frankreich bei 3,1 % und in Großbritannien bei 4,3 %.

NRW-Armutsbericht:

Immer mehr Arme

In NRW wird eine Spaltung der Gesellschaft befürchtet. Vor allem kinderreiche Familien, allein Erziehende und Migranten sind von Armut betroffen. Vermögen und Einkommen sind ungleich verteilt. Ein Grund: Vermögen werden steuerlich nicht erfasst.

Letzte Meldung:

Anklage gegen NPD-Cremer

Die Staatsanwaltschaft Bochum erhebt Anklage gegen Claus Cremer, Mitglied der Bezirksvertretung Wattenscheid und stellv. Landesvorsitzender der neonazistischen NPD. Der Inhalt seiner Rede auf der NPD-Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum, am 26. Juni 2004, erfülle Straftatbestände des § 130 in Verbindung mit § 220 Abs. 1.

Das Ratsmitglied der Sozialen Liste Bochum, Günter Gleising, begrüßt die Anklageerhebung und stellt fest: „Es wird höchste Zeit, die Ausschreitungen der NPD auf den letzten Demonstrationen in Bochum und am Volkstrauertag in Wattenscheid zu stoppen.“ Außerdem dürfte damit auch die Festlegung der bürgerlichen Koalition in der Bezirksvertretung Wattenscheid entgültig gescheitert sein, die zum Umgang mit der NPD formuliert hatte, „soviel Normalität wie möglich, soviel Abgrenzung wie nötig“.

Soziales Gewissen und altes Gemüse

Ein üblicher Dienstagmorgens an der Pauluskirche in Bochum. Bei klirrender Kälte und in angespannter Stimmung warten über hundert durchfrorene Menschen auf die Ankunft des Wagens der Wattenscheider Tafel. Mit altem Joghurt, Backwaren vom Vortag und nicht mehr frischem Gemüse werden hier Bedürftigen Arbeits- und Obdachlose „abgespeist“. So befriedigen die edlen Spender, meist Einzelhandelsketten, ihr soziales Gewissen und sparen ihren Angestellten den Gang zum Müllcontainer.

Es ist halt bequemer, Menschen ohne Einkommen zum Resteverwerter zu degradieren, anstatt für eine existenzsichernde Grundsicherung für alle einzutreten.

Mit Hartz IV verabschieden sich Politik und Wirtschaft endgültig aus der Verantwortung für die hier lebenden Menschen und setzen auf das altbekannte Mittel der Armenspeisung.

Derweil hoffen die Wartenden an der Pauluskirche darauf, dass



sie noch etwas Besseres als Matschbananen und angegammelte Tomaten bekommen.

(Rainer Schläger)

Zwischen Ratlosigkeit und Tolerierung:

Der Umgang mit der NPD in Wattenscheid

Seit der Kommunalwahl Ende September 2004 ist die neonazistische NPD in der Bezirksvertretung Wattenscheid vertreten. Die anderen Parteien schwanken nun zwischen Hilflosigkeit und Ignoranz.

Zu den Fakten: Trotz aggressiver Hetze gegen den Bau einer neuen jüdischen Synagoge in Bochum, der Verherrlichung von Nazigrößen wie Rudolf Hess und Stimmungsmache gegen Migranten, bot die Koalition im Wattenscheider Bezirksparlament (CDU, UWG und FDP) der NPD eine Art Tolerierung an, dessen Formel lautete, „Soviel Abgrenzung wie nötig, soviel Normalität wie möglich“. Folgeschwer dann die Eröffnungssitzung der Bezirksvertretung: Keine Zurückweisung der Ausschreitungen der NPD im Wahlkampf. Kein Wort zur Hetze der NPD gegen Juden und Ausländer, auf die viele Bürger Wattenscheids gewartet hatten. Stattdessen: Schweigen.

Derart ermuntert stellte der NPD-Bezirksvertreter Claus Cremer (u.a. auch stellv. NPD Landesvorsitzender) wenige Tage später eine Anfrage zur nächsten Sitzung. Die Einladung zur Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht nimmt Cremer dabei zum Anlass, um provokativ die Verbrechen der Nazis an den Juden zu relativieren und festzustellen, dass in Wattenscheid kein Jude in der „Reichskristallnacht“ zu Schaden kam. In der Sitzung des Bezirksparlamentes zu diesem einmaligen Vorgang, erneutes Schweigen.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichen die Naziprovokationen jedoch mit dem diesjährigen Volkstrauertag. Zuerst ließ die Bezirksvertretung in diesem Jahr das Ehrenmal, 1934 von den Nazis als Heldengedenkstätte für die Toten des I. Weltkrieges errichtet, für sage und schreibe 71.000 Euro renovieren. Die Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag, die man hier alljährlich durchführt und zu einem Bekenntnis zu Frieden und Völkerverständigung genutzt hatte, wurde diesmal kurz vorher abgesagt. In dieses Vakuum stieß jetzt Cremer mit seiner NPD. Er meldete eine Kundgebung bei der Polizei an, besorgte sich beim Garten- und Friedhofsamt den Schlüssel für die Krypta des Ehrenmals und lud zur Heldengedenkfeier ein. Im Internet rühmte sich die NPD, die „einzige offizielle Veranstaltung“ in Wattenscheid durchgeführt und das renovierte Ehrenmal wieder eingeweiht zu haben.

In den Tagen darauf, die VVN-Bund der Antifaschisten und die Soziale Liste Bochum machten diesen Skandal publik, hüllte sich die Bezirksvertretung wieder in Schweigen. Zwar wird über

den Skandal des Wattenscheider Volkstrauertages in der lokalen Presse ausführlich berichtet, aber aus der Bezirksvertretung kommt wieder keine politische Zurückweisung der NPD-Aktivitäten. Im Gegenteil: Auch nach über drei Wochen befindet sich der NPD-Kranz mit der Aufschrift „Wir gedenken Deutschlands Helden“ immer noch im nichtöffentlichen Teil des Ehrenmals. Erfreulich: Es entwickelt sich Widerstand vor Ort. Die Soziale Liste schlägt einen Dialog aller demokratischen und antifaschistischen Parteien, Organisationen und Einzelpersonen vor, um gemeinsam zu beraten, wie der NPD und ihrer antisemitischen Hetze begegnet werden kann. Mit deutlichen Worten hat jetzt auch Bochums Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz (SPD) in einem Schreiben an die VVN-Bund der Antifaschisten die Wattenscheider Vorfälle am Volkstrauertag bedauert und verurteilt.

(Gracchus)

Auf den Holln:

Giftige Substanzen in Werne

„Häufig überschritten“ werden die Prüfwerte der Bodenschutz- und Altlastenverordnung für die Substanz Benz(a)pyren in den Hausgärten der Häuser „Auf den Holln“ in Bochum Werne. Die Anwohner sollen jetzt auf den Nutzpflanzenanbau verzichten und die Kinder nicht mehr im Boden graben und wühlen. Das Umweltamt der Stadt Bochum hat kürzlich die Anwohnerinnen und Anwohner über diese Ergebnisse informiert, die bei Untersuchungen im Umfeld der ehemaligen Dachpappenfabrik Raschig ermittelt wurden. Anfang 2005 soll mit allen Beteiligten über die weitere Vorgehensweise und Sanierungsmaßnahmen entschieden werden.

Erstauslich: Es wurden keine Warnschilder aufgestellt. Auch der Kinderspielplatz auf der anderen Straßenseite ist nicht gesperrt.

Stadt plant höhere Gebühren:

„Schöne Bescherung“

Bochums Bürger müssen sich auf weiter steigende Kosten bei den kommunalen Gebühren einstellen. Allein bei der Hausmüllentsorgung sind Gebührenerhöhungen von 7 % in der Diskussion, bei der Straßenreinigung 7,9 % bis 8,4 % und bei den Abwassergebühren 3,5 %.

Diese drastisch über der Teuerungsrate liegenden Gebührenerhöhungen werden zu einer Erhöhung der Mietnebenkosten führen, da Vermieter diese Kosten auf die einzelnen Wohnungen umrechnen werden. Zusammen mit den deutlich gestiegenen Kosten für Gas und Strom steht allen Mietern damit eine schöne Bescherung ins Haus. Der Sprung bei den Mietnebenkosten wird sich besonders auch in hohen Nachzahlungen im kommenden Jahr ausdrücken, die mehrere hundert Euro ausmachen können. Gebührenerhöhungen sind u.a. auch bei Bestattungen, dem Rettungsdienst, und dem Schlachthof geplant.

Die Soziale Liste lehnt diese Gebührenerhöhungen ab, ihre Ratsmitglieder werden stattdessen Möglichkeiten zu Einsparungen und Alternativen aufzeigen.

ThyssenKrupp:

Gewinne verdoppelt

Der Stahlkonzern ThyssenKrupp hat seinen Gewinn im Geschäftsjahr 2003/04 verdoppelt und weist 1,56 Milliarden Euro aus. Auch Henkel, Eon, Porsche, Siemens, Dresdner Bank, Telekom und andere Konzerne melden hohe Gewinne.

Drastische Gaspreiserhöhung geplant

Antrag abgelehnt – Diskussion geht weiter

Die Stadtwerke Bochum werden zum 1. Januar 2005 die Gaspreise drastisch erhöhen. Ein Antrag der Sozialen Liste Bochum, die Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat der Stadtwerke zu verpflichten, dort für einen Verzicht auf die Preiserhöhungen einzutreten, wurde auf der Ratssitzung am 26. November von SPD, CDU, Grüne, FDP, UWG und PDS abgelehnt.

Allerdings ließ die SPD-Fraktion Diskussionsbereitschaft über die Frage der Abkoppelung des Gaspreises vom Rohölpreis erkennen. Die CDU schließlich verstieg sich in die Feststellung, die vom Rat bestellten Aufsichtsratsmitglieder in den Stadtwerken seien einzig und allein dem „Wohl der GmbH und nicht der Bürger verpflichtet“. Für Unverständnis sorgte auch die PDS, die, wie ein Lokalreporter schrieb, mit den „bürgerlichen Fraktionen“ stimmte und dem „Arme-Leute-Vorschlag die Zustimmung verweigerte“.

Ratsmitglied Günter Gleising hatte den Antrag begründet und ausgeführt: „Die Energiekonzerne nutzen die Rekordhöhe der Ölpreise, um auch beim Strom und Gas die Erlöse drastisch zu erhöhen.“ Der Bundesverband der Verbraucherzentralen sieht dagegen Spielraum für Preissenkungen beim Strom und Gas. Nach deren Angaben könnten z. B. die privaten Haushalte bei diesen Energieträgern um 300 Euro im Jahr entlastet werden.



Günter Gleising

Parlamentarische Gruppe:

Soziale Liste Bochum

Gerade mal 8 Monate und 11 Tage nach ihrer Gründung zog die Soziale Liste Bochum nach der Kommunalwahl Ende September mit zwei Sitzen in den Rat, und drei Mandaten in die Bezirksvertretungen ein. Es gibt wieder eine selbstbewusste entschiedene Linke in Bochums Kommunalparlamenten.

Und sie machen seitdem, was sie im Wahlkampf versprochen haben: Die Forderungen der Montagsdemonstranten, der Arbeiter bei Opel, der Arbeitslosen und der demokratischen Basisbewegungen in die Gremien zu tragen, die Mandate als Tribüne zu nutzen, gegen die Einheitsmeinung der Neoliberalen von CDU bis PDS.

Im Rat forderten Günter Gleising und Nuray Boyraz – vergeblich – die Anwendung der Grundgesetzartikel 14 und 15 gegen den Arbeitsplatzabbau bei Opel und den Verzicht auf Repressalien, gegen Streikende. Sie beantragten den erweiterten Bochum-Pass einzurichten und auf die Erhöhungen von Gaspreisen zu verzichten.

Auch in den Bezirksvertretungen ist die Soziale Liste aktiv:

- Resolutionen zu Opel wurden in den Bezirken Ost, Südwest und Nord mit den Stimmen der Sozialen Liste beschlossen. Hierbei konnte Ilhan Kavac (Bezirksparlamentarier in Ost) die Verurteilung der Opel – Repressalien gegen Streikende erreichen.

- Gleich das erste Auftreten der Bezirksparlamentarierin in Nord, Helgard Althoff, war das Einbringen einer Solidaritätsresolution mit den von Schließung bedrohten Karstadt-Kollegen.

Antifaschismus und Antimilitarismus bleiben Prinzipien unseres Handelns. So sprach Ratsmitglied Gleising in der Bezirksvertretung Wattenscheid gegen militärische Kriegsdenkmal. Außerdem forderte er, dem Skandal ein Ende zu machen, dass der dortige Bürgerblock (CDU, FDP, UWG) mit dem NPD-Bezirksvertreter Cremer „soviel Normalität wie möglich“ praktizieren will. Erste internationale Kontakte knüpften die Vertreter der Sozialen Liste beim Besuch von Jugendlichen aus Donezk, die im Rathaus empfangen wurden.

An der Basis findet die Kommunalpolitik der Sozialen Liste Bochum zunehmend Anklang, so auf den Bochumer Montagsdemonstrationen, in Zuschriften und bei Veranstaltungen

Jürgen Bargmann

Wohnen nach Hartz IV:

Sozialhilfe als Messlatte

Ratsmitglied Nuray Boyraz von der Sozialen Liste Bochum stellte während der letzten Ratssitzung eine Anfrage zur Aufforderung der Bundesagentur für Arbeit an Arbeitslose, sich eine kostengünstigere Wohnung zu suchen. Diese Schreiben wurden im Rahmen von Hartz IV zusammen mit den Bescheiden zum neuen Arbeitslosengeld II verschickt und sind jetzt nach Protesten zurückgenommen worden.

In Erklärungen wurden sowohl die Sozialdezernentin, Frau Graebisch-Wagener, als auch Sozialamtsleiterin, Frau Ott, in der Presse widersprüchlich zitiert. So war zuerst von einer unglücklichen Formulierung eines Sachbearbeiters bei der Bundesagentur die Rede. Dann hieß es, diese Aufforderungen seien Einzelfälle, schließlich, es habe 159 derartige Aufforderungen gegeben. Aber bis zum 1.6.2005 müsse niemand tatsächlich umziehen.

Frau Boyraz fragte weiter, was nach diesem Datum geschieht? Sozialdezernentin Frau Graebisch-Wagener (Grüne) bestätigte zunächst, dass die Stadt für Wohnungsfragen nach Hartz IV verantwortlich ist. Sie antwortete, dass zunächst eine Auflistung geplant sei, „danach werden wir überlegen, wo hier die Maßlatte anzulegen ist.“ Dabei müsse auch berücksichtigt werden, wie groß das finanzielle Problem überhaupt ist? Grundsätzlich seien bei den früheren Arbeitslosen und Arbeitslosenhilfe-Empfängern die Regelungen der Sozialhilfe anzuwenden.

Vor einem halben Jahr klang das alles noch ganz anders. Da wurde gesagt, keiner muss umziehen, außer er wohnt in einer Luxuswohnung.

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenter und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen.

Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

Spendenkonto: Sparkasse Bo., BLZ 430 500 01, Konto-Nr. 23406366

Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Kontakt.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Tel.: _____

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an unten stehende Adresse schicken.

Impressum:

Soziale Liste Bochum,
c/o Jürgen Bargmann,
Gertrudisplatz 4, 44866
Bochum. V.i.S.d.P.:
Günter Gleising.
Internet: www.soziale-liste-bochum.de
E-Mail: info@soziale-liste-bochum.de

